

N i e d e r s c h r i f t

über die 5. (836.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Donnerstag, den 19. Januar 2017, 20.00 Uhr, im Sitzungszimmer des Rathauses

Es sind erschienen:

Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen
Stv. Bürgermeister Gert Kämper
Ratsherr Ingo Börgmann
Ratsherr Robin Kuper
Ratsherr Sigurd Uecker
Ratsherr Jochen Voss

Bürgermeister Uwe Garrels
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Tourismusmanager Hinrik Dollmann
Protokollführerin Katja Heimes

Es fehlt entschuldigt:

Ratsvorsitzender Rainer Adelmund
Ratsfrau Birgit Kolb-Binder
Ratsherr Kim Streitbürger
Ratsherr Olaf Sommer

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Garrels weist darauf hin, dass aufgrund des Fehlens des Ratsvorsitzenden Adelmund und der Stv. Ratsvorsitzenden Kolb-Binder eine Sitzungsleitung bestimmt werden müsse. Nach NKomVG würde das älteste hierzu bereite anwesende Ratsmitglied die Leitung der Sitzung übernehmen. Bürgermeister Garrels fragt nach der Bereitschaft.

Ratsherr Voß verzichtet auf die Sitzungsleitung.

Ratsherr Uecker möchte die Sitzungsleitung ebenfalls nicht übernehmen.

Bürgermeister Garrels erklärt seine Bereitschaft und übernimmt die Sitzungsleitung. Die Stellvertretung übernimmt Stv. Bürgermeister Janssen

Der Rat stimmt der Sitzungsleitung durch Herrn Bürgermeister Garrels einmütig zu.

Bürgermeister Garrels eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Es werden keine Anträge gestellt.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 4. (835.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 15.12.2016

Die Niederschrift über die 4. (835.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 15.12.2016 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 4. (835.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 15.12.2016 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 5 : Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Entfällt!

Zu Punkt 6 : Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 7 : Neuausrichtung der An- und Abflugsektoren des Hubschrauberlandeplatzes Langeoog (s. Vorlage Nr. VO17-001)

Ratsherr Kuper verweist auf die bereits geführten Diskussionen im Betriebsausschuss. Er bedauert, dass man sich auf einen Vorschlag festgelegt habe und für weitere Planungen keine Option bestehe. Persönlich sei er der Meinung, dass die empfohlene Variante 5 nicht genehmigungsfähig sein wird.

Ratsherr Voß hält die Variante 5 ebenfalls nicht für optimal und nicht sicher. Eine Verlegung des Platzes mache für ihn mehr Sinn.

Bürgermeister Garrels übergibt die Sitzungsleitung an Stv. Bürgermeister Janssen.

Bürgermeister Garrels erläutert für das Publikum die Zusammenhänge. Der Platz sei überholungsbedürftig und liege zu nah am Tower. Ein langjährig erfahrenes Unternehmen habe die Planungen für den Neubau und die Neuausrichtung übernommen. Die grundsätzliche Zustimmung der Luftaufsicht liege vor. Die Verlegung des Platzes würde insgesamt ein neues Genehmigungsverfahren mit sich bringen und erhebliche Mehrkosten verursachen. Bürgermeister Garrels erläutert die neuen Landerichtungen. Grundsätzlich könne der Rettungshubschrauber aber überall landen.

Bürgermeister Garrels übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Ratsherr Uecker verweist auf die Planungskosten. Ihm fehle die Angabe der Gesamtkosten. Zum Beispiel sei die Erstellung der topografischen Karten nicht enthalten. Man müsse noch mit Mehrkosten rechnen. Er kritisiert, dass seitens der Verwaltung nicht alle Kosten aufgeführt seien.

Allgemeiner Vertreter Heimes stellt richtig, dass die Erstellung von Kartenmaterial grundsätzlich gesondert beauftragt würde.

Ratsherr Kuper äußert, dass von 7 zur Genehmigung benötigten Stufen, bisher nur die Stufen 3 bis 5 genehmigt seien.

Bürgermeister Garrels übergibt den Vorsitz an Stv. Bürgermeister Janssen.

Bürgermeister Garrels verweist auf die Referenz der Planer. Er gehe davon aus, dass die Planungen genehmigungsfähig seien.

Bürgermeister Garrels übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Der Rat beschließt mit 4 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen den Neubau und die Neuausrichtung des vorhandenen Hubschrauberlandeplatzes nach den derzeit geltenden rechtlichen Vorgaben. Die Verwaltung wird mit der Planung gemäß der in der Voruntersuchung vorgeschlagenen Variante 5, einschließlich einer Neupflasterung des Plateaus, auf Basis der Grobkostenschätzung in Höhe von netto € 117.920,00 beauftragt.

Gleichzeitig wird die Beauftragung der Infrastruktur-Consult Mathias M. Lehmann gemäß dem vorgelegten Kostenvoranschlag in Höhe von netto € 9.217,50 zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis der Planung wird dem Rat zur Entscheidung vorgelegt. Die Planungskosten erhöhen sich entsprechend der Gesamtkosten für den Neubau.

**Zu Punkt 8 : Anschaffung von 150 Strandkörben für die Saison 2017
(s. Vorlage Nr. VO17-002)**

Der Rat beschließt einstimmig die Auftragsvergabe zur Lieferung von 150 Stück Strandkörben an die Firma Eggers Strandkorbfabrik oHG, Mölln, für die Saison 2017 zum Preis von netto € 85.004,32.

**Zu Punkt 9: Ersatzbeschaffung eines Traktors für den abgängigen MF-Strandtraktor
(s. Vorlage VO17-003)**

Ratsherr Kuper begrüßt es, dass kein Gebrauchtfahrzeug angeschafft wird.

Der Rat beschließt einstimmig die Neuanschaffung eines Traktors der Marke Case Maxxum 115 über die Firma Koch & Willms, Esens, für den Strandbereich zum Preis von € 72.256,00 auf Leasingbasis zu übernehmen.

**Zu Punkt 10: Erster Bauabschnitt Umzug der KWC-Funktionen in das FEB
Schaffung von Mitarbeiter-Sanitarräumen, MA-Umkleiden,
MA-Aufenthaltsraum und Leitungsbüro
(s. Vorlage VO17-005)**

Ratsherr Uecker möchte die kalkulierten Kosten für die Positionen 1 und 2 wissen.

Tourismusmanager Dollmann erklärt, dass ihm dafür noch keine Kalkulation vorliege. Zunächst müssten die Betonabbrüche geklärt werden. Es handle sich zudem um eine Mauerfläche von 33 m. Die Preise würden derzeit eingeholt. Er gehe von Kosten bis zu € 9.000,00 aus.

Auf die Frage von Ratsherrn Uecker, welcher Architekt die Baumaßnahme begleite, teilt Tourismusmanager Dollmann mit, dass das Architekten- und Ingenieurbüro Eschen zuständig sei.

Ratsherr Voß äußert seinen Unmut und Kritik darüber, dass dem Rat wieder mal nicht alle Kosten vorgelegt werden.

Tourismusmanager Dollmann verweist auf seine Vorlage VO16-296, in der die Kostenschätzungen mitgeteilt wurden.

Der Rat beschließt einstimmig

1. Die Entkernung des alten Gastro- und Shopbereiches teilweise mit eigenen Mitteln.
2. Die Begradigung des ehemaligen Restaurant-Eingangs, ca. 33 qm Mauerfläche.
3. Die Ausschreibung des ersten Bauabschnitts, Umbau des entkernten Bereichs zu einem Eingangs- und Sozialbereich mit Kiosk, Mitarbeiter-Umkleiden, Aufenthaltsraum für Mitarbeiter, Leitungsbereich und einem vergrößerten Ruhebereich für Gäste vor dem Kopf des Wellenbeckens vorzunehmen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Zu Punkt 11: Überarbeitung des Konzeptes des Tourismus-Service in Bezug auf die Gebäude Kur- und Wellnesscenter und Haus der Insel (s. Vorlage VO17-006)

Der Rat beschließt einstimmig die Verwaltung zu beauftragen ein Pflichtenheft als Basis für ein gemeinsames Interessenbekundungsverfahren zur Verwendung des KWC- und HDI-Gebäudes erstellen zu lassen und dieses dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Zu Punkt 12: Satzung zur 1. Änderung der Satzung der Inselgemeinde Langeoog über die Sondernutzung an Gemeindestraßen und die Erhebung entsprechender Gebühren (Sondernutzungssatzung) (s. Vorlage VO17-010)

Stv. Bürgermeister Janssen berichtet, dass der Rat seinerzeit beschlossen habe die Sondernutzungsgebühren von € 5,00 auf € 20,00 anzuheben. Das Oberverwaltungsgericht habe diese Erhöhung aber als nicht rechtmäßig angesehen und zwei Klägern Recht gegeben. Formell seien seiner Meinung nach seit 2012 somit von den Gastronomen zu viel Gebühren eingezogen worden. Den Beschluss für die Satzung habe der Rat damals umgesetzt, da man von einer rechtssicheren Vorbereitung durch die Verwaltung ausgegangen sei. Seiner Meinung nach müssten die zu viel erhobenen Gebühren zurückgezahlt werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes stellt richtig, dass die Höhe der Sondernutzungsgebühr damals kalkuliert und erarbeitet worden sei. Für das Gericht sei die Steigerung der Gebühr zu hoch gewesen. Es gehe nur um die Bescheide der beiden Kläger aus 2012. Die übrigen Bescheide seien bestandkräftig. Im Verwaltungsrecht bestehe eine Pflicht zur Aufhebung bestandkräftiger Bescheide nur, wenn bei Aufstellung der Satzung offensichtlich Fehler gemacht wurden, die hätten erkannt werden müssen. Dies sei hier nicht der Fall. Allgemeiner Vertreter Heimes weist auf den im Falle einer Rückzahlung entstehenden Verlust im Gemeindehaushalt hin.

Ratsherr Uecker äußert, dass der Rat rückwirkend eine andere Satzung beschlossen habe. Wenn rückwirkend ein anderer Preis beschlossen werde, würde die Angelegenheit automatisch geheilt.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass die Bescheide auch trotz neuer Satzung bestandkräftig seien und durch die Satzung nicht geändert würden.

Ratsherr Uecker möchte den Verlust der Gemeinde beziffert wissen, den die Rückzahlung der Gebühren verursachen würde.

Ratsherr Kuper äußert, dass der Rat geprüft haben wolle, wieweit die Bescheide korrigiert werden können. Seiner Meinung nach sollten die Bescheide aufgehoben werden. Bürgermeister Garrels übergibt den Vorsitz an Stv. Bürgermeister Janssen.

Bürgermeister Garrels weist darauf hin, dass bei dem Beschluss der jetzigen Satzung die Gebühren um die Hälfte gesenkt würden. Er halte es für unverantwortlich den Betrag noch weiter zu senken. Er verweist auf die gerade erhaltene Bedarfszuweisung. Die Gemeinde dürfe und könne auf Einnahmen nicht verzichten, solange nicht eindeutig sei, dass die Beträge ausgezahlt werden müssen. Die Betroffenen könnten die Rückzahlung einklagen, wenn sie dies wollten. Eine Rückgabe der Gebühr sei rechtlich nicht richtig. Es bestehe aber die Möglichkeit für die betroffenen zu klagen. Für die Gemeinde bestehe die Notwendigkeit die Gelder zu behalten. Man habe bei der Erarbeitung der Satzung nicht bewusst falsch gehandelt.

Bürgermeister Garrels übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Ratsherr Kuper hält es nicht für dienlich die Bürger zu ermuntern zu klagen. Im Vorfeld sollte eine Rechtsexpertise eingeholt werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes stellt richtig, dass eine Prüfung stattgefunden habe. Es gäbe in einem solchen Fall keine vergleichbaren Verfahren.

Ratsherr Uecker bringt vor, dass sich der Rat auf die Ausarbeitung der Verwaltung verlassen können müsse. In diesem Fall sei die Argumentation der Verwaltung nicht richtig. Es könne nicht sein, dass die Bürger die Kosten tragen müssen. Er kritisiert, dass seitens der Verwaltung nie oder nur selten kalkulierte Zahlen vorgelegt würden. Die Angelegenheit hätte sauberer bearbeitet werden müssen.

Bürgermeister Garrels übergibt die Sitzungsleitung an Stv. Bürgermeister Janssen.

Bürgermeister Garrels legt dar, dass seitens der Verwaltung mit der Erhöhung der Gebühr zu lange gewartet wurde. Die Erhöhung sei nötig gewesen, dann erfolgte die Korrektur durch das Urteil. Bürgermeister Garrels bittet die Ratsmitglieder um Abstimmung.

Bürgermeister Garrels übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Ratsherr Voß wendet ein, dass Klagen für die Betroffenen weitere Kosten verursachen würden.

Der Rat beschließt mit 5 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen die Satzung zur 1. Änderung der Satzung der Inselgemeinde Langeoog über die Sondernutzung an Gemeindestraßen und die Erhebung entsprechender Gebühren (Sondernutzungssatzung) gemäß dem vorliegenden Entwurf.

Zu Punkt 13: Verlegung des Schmutzwasserkanals im Rahmen des Neubau Feuerwehr
(s. Vorlage VO17-012)

Der Rat beschließt einstimmig die Verlegung des Schmutzwasserkanals im Rahmen des Neubau Feuerwehr vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes Wittmund an den wirtschaftlich günstigsten Bieter, die Firma G. Herfeld GmbH, Rechtsupweg, zum Preis von € 108.081,58 brutto zu vergeben.

Zu Punkt 14: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

- a) Bürgermeister Garrels verweist auf den Antrag der Gruppe Union für Langeoog / SPD / Bündnis 90/Die Grünen zur Beauftragung einer Controllingfirma. Seitens der Kommunalaufsicht wurde der Antrag geprüft. Der Landrat habe den Antrag mit Schreiben vom 29.12.2016 zurückgewiesen. Bürgermeister Garrels verliest auszugsweise das Antwortschreiben. Der Landrat mache deutlich, dass eine generelle Überprüfung durch einen Controller nicht üblich sei und dies die Zuständigkeit des Rates übersteige. Eine Finanzierung des Controllers aus den erarbeiteten Ersparnissen lehnt der Landrat ebenfalls ab. Das Angebot einer Controllingfirma könne aus Rechtssicherheitsgründen nur angenommen werden, wenn feste Stundensätze oder ein Pauschalpreis vereinbart werden. Der Rat habe jederzeit die Möglichkeit der Akteneinsicht.

Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf den Bericht der Wirtschaftsprüfer. Darin werde darauf hingewiesen, dass bei der Inselgemeinde Langeoog ein Controlling nicht vorgenommen würde.

- b) Bürgermeister Garrels teilt mit, dass am 20.01.2017 die Umwelt-Staatssekretärin Kottwitz Langeoog besuche um sich ein Bild bezüglich des Strandgutes und der Situation am Ostende zu machen. Es soll das zukünftige Vorgehen der Behörden bezüglich der Anlagerung und Bergung von Strandgut geklärt werden. Bürgermeister Garrels berichtet, dass das inzwischen in den Dünen liegende Holz per Hand eingesammelt wird um einen Einsatz mit schweren Maschinen zu vermeiden.

Zu Punkt 15: Anregungen und Anträge

- 1) Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf das traditionelle Gäste-Tennis-Turnier. Aufgrund der Umstrukturierung der Tennishalle zum Sportzentrum stehe nur noch ein Außenplatz zur Verfügung. Zudem seien die Zeiten für die Nutzung sehr eingeschränkt worden. Die Gäste befürchten, dass sie auf Langeoog für den Tennissport keine Zukunft mehr haben. Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf die lange Tradition dieses Turniers und bittet darum sich der Angelegenheit anzunehmen. Das Angebot des Tennisplatzes müsse besser aufgestellt werden.
- 2) Ratsherr Voß verweist auf seine im Betriebsausschuss und Verwaltungsausschuss bereits vorgebrachten Bedenken bezüglich der teilweisen Schließung des roten Salons. Er halte dies für unzumutbar und erwarte hier einen besseren Service der Schifffahrt. Zudem erwarte er vom Bürgermeister die Anweisung, dass der rote Salon immer geöffnet werde.
- 3) Ratsherr Voß bringt vor, dass die Bediensteten der Schifffahrt bei der Fahrkartenkontrolle in Bengersiel Wind und Wetter ausgesetzt seien. Er bittet in Bengersiel einen entsprechenden Windschutz zu errichten.
- 4) Ratsherr Uecker bezieht sich auf die Diskussion bezüglich der Damensauna. Er sehe das Angebot für Insulanerinnen eingeschränkt.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass während der Schließzeit des Freizeit- und Erlebnisbades keine Sauna zur Verfügung stehe. Die Sauna im Kur- und Wellnesscenter sei defekt und würde nicht wieder in Betrieb genommen. Aus wirtschaftlicher Sicht sei die Einschränkung auf eine Damen- oder Herrensauna nicht mehr sinnvoll. Als Alternativangebot soll zukünftig an einem Tag in der Woche eine Sauna ausschließlich für Damen zugänglich sein. Die übrigen Saunen werden für das gemischte Publikum geöffnet. Reine Damensaunen seien heute nicht mehr üblich. Es entstehe ein Einnahmeverlust, da an dem Tag nur ein Drittel der Gäste als anderen Tagen die Sauna nutzen würden.

Ratsherr Uecker fragt nach einer Lösung außerhalb der Ferienzeiten.

Ratsherr Börgmann erläutert, dass an Tagen der gemischten Sauna bis zu 70 Gäste die Sauna besuchen. Bei der Damensauna würde sich die Besucherzahl auf höchstens 15 reduzieren. Im Winter würden daher häufig Beschwerden von Paaren bezüglich der Einschränkung vorgebracht.

Zu Punkt 16: Einwohnerfragestunde

Sven Klette

Herr Klette möchte wissen, ob bei der Planung des Hubschrauberlandeplatzes der Bau einer Halle berücksichtigt wurde.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass es bei dieser Variante auch möglich sei am Flugplatz eine Halle zu bauen.

Adda Fischer

Frau Fischer fragt nach, ob der Fremdenverkehrsbeitrag willkürlich festgesetzt sei und ob die Insulaner gegen die Bescheide klagen könnten.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass der Fremdenverkehrsbeitrag gesetzlich und über eine Satzung geregelt sei. Es handle sich um eine Kalkulationssumme, die aufgeteilt werde. Aufgrund des Gewinn- und Vorteilsatzes werde jede gewerbliche Tätigkeit eingestuft. Bisherige Klagen gegen die Gemeinde hätten keinen Erfolg gehabt.

Zu Punkt 17: Schließung der Sitzung

Ende: 20:51 Uhr

Uwe Garrels
Bürgermeister

Katja Heimes
Protokollführerin

Bürgermeister Garrels erklärt, dass während der Schließzeit des Freizeit- und Erlebnisbades keine Sauna zur Verfügung stehe. Die Sauna im Kur- und Wellnesscenter sei defekt und würde nicht wieder in Betrieb genommen. Aus wirtschaftlicher Sicht sei die Einschränkung auf eine Damen- oder Herrensauna nicht mehr sinnvoll. Als Alternativangebot soll zukünftig an einem Tag in der Woche eine Sauna ausschließlich für Damen zugänglich sein. Die übrigen Saunen werden für das gemischte Publikum geöffnet. Reine Damensaunen seien heute nicht mehr üblich. Es entstehe ein Einnahmeverlust, da an dem Tag nur ein Drittel der Gäste als anderen Tagen die Sauna nutzen würden.

Ratsherr Uecker fragt nach einer Lösung außerhalb der Ferienzeiten.

Ratsherr Börgmann erläutert, dass an Tagen der gemischten Sauna bis zu 70 Gäste die Sauna besuchen. Bei der Damensauna würde sich die Besucherzahl auf höchstens 15 reduzieren. Im Winter würden daher häufig Beschwerden von Paaren bezüglich der Einschränkung vorgebracht.

Zu Punkt 16: Einwohnerfragestunde

Sven Klette

Herr Klette möchte wissen, ob bei der Planung des Hubschrauberlandeplatzes der Bau einer Halle berücksichtigt wurde.

Bürgermeister Garrels antwortet, dass es bei dieser Variante auch möglich sei am Flugplatz eine Halle zu bauen.

Adda Fischer

Frau Fischer fragt nach, ob der Fremdenverkehrsbeitrag willkürlich festgesetzt sei und ob die Insulaner gegen die Bescheide klagen könnten.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass der Fremdenverkehrsbeitrag gesetzlich und über eine Satzung geregelt sei. Es handle sich um eine Kalkulationssumme, die aufgeteilt werde. Aufgrund des Gewinn- und Vorteilsatzes werde jede gewerbliche Tätigkeit eingestuft. Bisherige Klagen gegen die Gemeinde hätten keinen Erfolg gehabt.

Zu Punkt 17: Schließung der Sitzung

Ende: 20:51 Uhr



Uwe Garrels
Bürgermeister



Katja Heimes
Protokollführerin